

Genervt vom „Brexit-Theater“

Die Briten sind es selber leid, sagt Ostfalia-Professor Winfried Huck. Er ist derzeit Gastprofessor in Cambridge und sieht auch Chancen im Brexit – er könnte Großbritannien Wettbewerbsvorteile bringen.

Von Hannah Schmitz

Wolfenbüttel. Dreimal ist der Brexit-Deal im britischen Parlament bereits durchgefallen, Noch-Premierministerin Theresa May hat ihren Rücktritt angekündigt und die Frist für den Austritt aus der EU ist auf den 31. Oktober verschoben. Der Brexit beschäftigt die Briten seit Jahren – und sie sind inzwischen genervt vom ganzen „Brexit-Theater“, sagt Winfried Huck, Professor für Wirtschaftsrecht an der Ostfalia. „Es gibt hier Ermüdungserscheinungen“, stellt der Jurist fest.

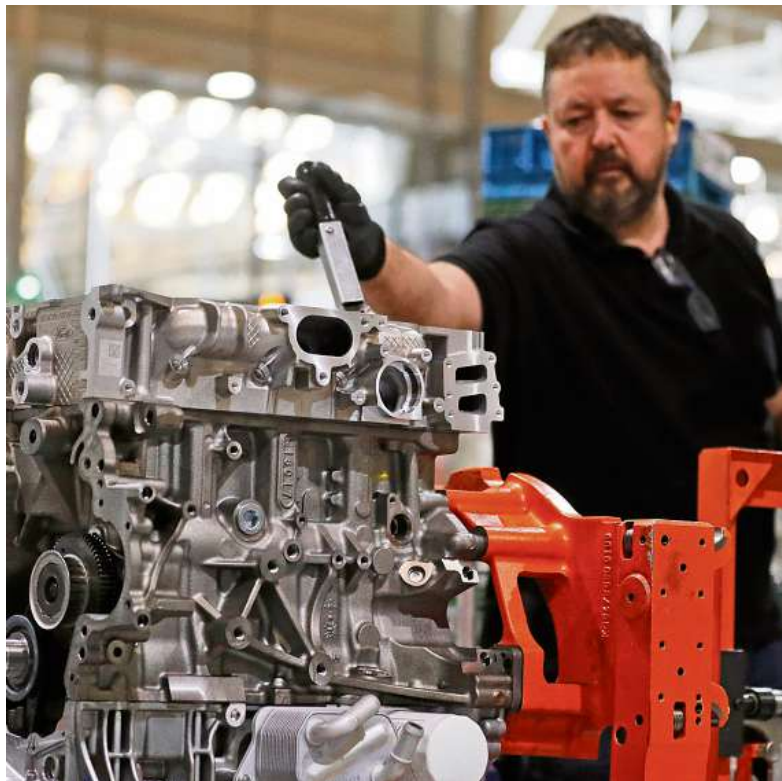
Huck ist derzeit Gastprofessor an der angesehenen Universität Cambridge, rund 100 Kilometer nördlich von London gelegen. Mit einem internationalen Team forscht er dort in einem längerfristigen Projekt zu Freihandelsverträgen und der Frage, ob Bürger, die unter den Folgen solcher Verträge leiden, das unmittelbare Recht zur Klage haben. Im Juli kehrt er nach knapp drei Monaten zurück nach Wolfenbüttel.

Der Brexit passe nicht zur Lebenswirklichkeit der Wissenschaft, erklärt Huck. „Hier arbeiten Forscher aus aller Welt“, so der Professor. Im Sinne des von Immanuel Kant beschriebenen Weltbürgerrechts, des *ius cosmopolitanum*, sei Cambridge ein Ort, an dem eben diese Forscher aus aller Welt miteinander diskutieren, um Erkenntnisse hervorzuheben. „Deshalb gibt es hier kein Verständnis für den Brexit“, sagt Huck. Während die Royal Society, die renommierteste Wissenschaftlerorganisation Großbritanniens, den wissenschaftlichen Austausch durch den EU-Austritt gefährdet sieht, will Huck nicht schwarzmalen. „Auf Dauer wird der Brexit kein Hinderungsgrund für den Austausch sein“, sagt er. So müssten zum Beispiel europäische Wissenschaftler auch für China oder die USA ein Visum beantragen.

Allerdings kann sich der Professor vorstellen, dass es in Cambridge und

„Viele Rentner müssen hier Nebenjobs machen, man sieht sie oft an Kassen in den Supermärkten.“

Winfried Huck, Professor für Wirtschaftsrecht an der Ostfalia



Ein Mitarbeiter von Ford montiert im Werk in London einen Dieselmotor.

FOTO: FRANK AUGSTEIN / DPA



Professor Winfried Huck in Cambridge.

FOTO: PRIVAT



Ein Blick auf die Universität Cambridge.

FOTO: IMAGO // ROBERT HARDING

anderen Universitäten des Vereinigten Königreichs in Zukunft weniger gemeinsame Forschungsvorhaben gibt, die von der EU finanziert werden. Derzeit bestreiten die Universitäten laut Huck 14 Prozent ihrer Drittmittel-Einnahmen aus EU-Fördertöpfen. „Das Sparen hat mit Blick auf diese Lücke jetzt schon begonnen“, sagt er. In Cambridge würde beispielsweise eine ihm bekannte deutsch-italienische Mitarbeiterin der Universitätsbibliothek nur noch halbtags beschäftigt, um Personalkosten einzusparen. Eine Folge des ausstehenden Brexits, so Huck.

Abseits von Forschung und Lehre

seien die Leute das Thema Brexit ebenfalls leid, berichtet der Wirtschaftsrechtler. „Weil andere Themen gar nicht mehr zur Sprache kommen“, erläutert er. Viele belasten etwa, dass das Einkommen in den vergangenen Jahren kaum gestiegen sei und die Renten niedrig geblieben sind. „Viele Rentner müssen hier Nebenjobs machen, man sieht sie oft an Kassen in den Supermärkten“, beschreibt Huck.

Erst kürzlich hätten die Tories versprochen, den Rundfunkbeitrag für die BBC – er entspricht dem Rundfunkbeitrag für öffentlich-rechtliche Sender in Deutschland – für Rentner

abzuschaffen, scheiterten damit aber. „Das sind 13 Pfund, 17 Euro, pro Monat. Das ist für manche Rentner schon viel Geld.“

Generell sei die Verteilung von Reichtum in Großbritannien recht ungleich, stellt Huck fest. Entscheidend sei, wo und in welcher Familie man aufwache und ob man auf eine Privatschule gegangen sei oder nicht. Themen wie diese stünden derzeit allerdings kaum auf der politischen Agenda.

„UK ist offen für Technologien – ein Standortvorteil“

Verschiedene Firmen haben bereits ihren Rückzug aus Großbritannien angekündigt oder Investitionen zurückgefahren. Der Autobauer Ford schließt etwa sein Motorenwerk in Süd-Wales, allerdings auch wegen dessen schlechter Auslastung. „Das trifft 1700 Menschen. In den Gegenden dort gibt es sonst nicht viel anderes“, sagt Huck. Weitere Werke unterhält Ford in London und in der Nähe von Liverpool.

Auf Unsicherheiten wegen des Brexits geht laut Medienberichten auch die Entscheidung Nissans zurück, die Produktion eines neuen Geländewagens aus Sunderland im Nordosten Englands nach Japan zu verlegen. „Schuld daran ist sicherlich aber auch das neu geschlossene

Handelsabkommen zwischen Japan und der EU“, sagt Huck. Darin entfallen die Einfuhrzölle in Höhe von 10 Prozent auf Autos aus Japan.

Die Unsicherheiten, die in der Wirtschaft durch den Brexit hervorgerufen würden, seien enorm. Eine strategische Planung in Großbritannien sei für Unternehmen dadurch nahezu unmöglich. Huck geht davon aus, dass der Ausstieg aus der EU zunächst zu einem wirtschaftlichen Druck führen werde, „der sich dann aber wieder normalisiert“. „Der Umbruchmoment wird hart“, sagt Huck.

Der Ostfalia-Professor sieht aber auch Chancen im Brexit. „Engländer werden mit ihrem Anspruch, modern und innovativ zu sein, in der Lage sein, schneller Technologien zu nutzen und Abläufe zu beschleunigen.“ Als Beispiele solcher Technologien nennt Huck Blockchain in der Finanzdienstleistungsbranche, aber auch den neuen Mobilfunkstandard 5G. Ihr Einsatz führe wiederum zu einer Deregulierung und Entbürokratisierung der Verwaltung des Landes. Dabei gehe es auch um den Ruf Londons als einer der dynamischsten und innovativsten Standorte. „Für multinationale Konzerne kann diese Entbürokratisierung ein Standortvorteil sein“, ist Huck überzeugt.

Derzeit jedoch sei die Lage für das UK „nicht unbedingt hervorragend“. Es scheint kein Vor und Zurück zu geben im Brexit-Dilemma. Neuwahlen hält Huck für am wahrscheinlichsten. Die seien zwar das Schreckgespenst der konservativen Tories, weil sie einen Machtverlust fürchten. Aber das Bewusstsein für die Gefahr eines No-Deal-Szenarios – auf welches sich der mögliche May-Nachfolger Boris Johnson vorbereitet – wachse. „Wirtschaft, Finanzwirtschaft und Politik wollen nicht ohne Abkommen aus der EU heraus“, sagt Huck.

Ein Deal winkt den Briten hingegen von der anderen Seite des Atlantiks. US-Präsident Donald Trump hatte zuletzt ein Handelsabkommen mit dem Königreich in Aussicht gestellt. „Wer sich eng mit den Amerikanern zusammenschließt, wird auch deren außenpolitischen Einstellungen übernehmen müssen“, prophezeit Huck. So oder so, sagt der Wirtschaftsjurist, im „Brexit-Theater“ wird es erstmal keine einfache Lösung geben.